

Amtliches Kreis-Blatt



für den
Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreisausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,
Reklamezeile 75 Pfg.

Angebefestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 96.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 27

Diez, Samstag den 8. Februar 1919

59. Jahrgang

Amtlicher Teil

J.-Nr. II. 934. Diez, den 7. Februar 1919

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betr.: Bürgermeisterversammlung.

Zur Besprechung wichtiger dienstlicher Angelegenheiten werden Sie auf Donnerstag, den 13. Februar 1919, nachmittags 2½ Uhr (westeuropäische Zeit) in den Hof von Holland, Diez, eingeladen. Pünktliches Erscheinen wird Ihnen zur Pflicht gemacht.

Der Landrat.
Thon.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahn-Kreises.
H. Graignic, Rittmeister.

J.-Nr. G. B. 124. Diez, den 3. Februar 1919.

Bekanntmachung.

Betrifft: Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher im Februar 1919.

Gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohlen, Koks und Briquets monatlich müssen lt. Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 4. Januar 1919 (Reichsanzeiger Nr. 5) die üblichen Meldungen in der Zeit vom 1. bis 5. Februar 1919 erneut erstatten. Die Meldepflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Preise für die Meldekarten erhöht worden sind. Die Meldekarten sind nunmehr bei den bekannten Stellen (Orts- oder Bezirkskohlen-, Kriegswirtschafts-, Kriegsamtstelle — bzw. der an ihre Stelle getretene Zivilverwaltungsstelle) zum Preise von 35 Pfg. für ein Meldekartenheft mit 4 Karten (40 Pfg. mit 5 Karten) nebst Vorkauf der Bekanntmachung, sowie von 10 Pfg. für eine Einzelkarte erhältlich.

Kriegswirtschaftsstelle des Unterlahn-Kreises:
Thon.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahn-Kreises.
H. Graignic, Rittmeister.

J.-Nr. Pr. I 2. S. 127. Wiesbaden, den 23. Jan. 1919.

Bekanntmachung.

Die Gemeindeförsterstelle Hömberg in der Oberförsterei Welschendorf, mit dem Wohnsitz in Dausenau, Kreis Unterlahn, gelangt mit dem 1. April 1919 zur Neubesetzung.

Mit der Stelle, welche die Waldungen der Gemeinden Dausenau, Hömberg und Zimmerschied mit einer Größe von 805 Hektar umfaßt, ist ein Jahreseinkommen von 1400 Mark, steigend von der Stellenübertragung ab von 3 zu 3 Jahren viermal um je 200 Mark, dann zweimal um je 150 Mark bis zum Höchstbetrag bis zu 2500 Mark, verbunden, welches auf Grund des Gesetzes vom 12. Oktober 1897 pensionsberechtigt ist. Außer dem baren Gehalte wird freie Dienstwohnung und Freibrennholz bis zu jährlich 16 Rm. Drehholz und 100 Wellen bzw. Geldentschädigungen hierfür von jährlich 300 Mark bzw. 150 Mark bewilligt. Die freie Dienstwohnung bzw. die Geldentschädigung hierfür sind mit 300 Mark bzw. 150 Mark beim Ruhegehalt anzurechnen.

Die Anstellung erfolgt zunächst auf eine einjährige Probezeit.

Bewerbungen sind bis zum 10. März d. Js. an den Forstmeister, Herrn Hüger in Montabaur zu richten.

Es wird bemerkt, daß nur Bewerber mit forstlicher Vorbildung Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Der Regierungs-Präsident.

Im Auftrage.

gez. v. Hammerstein.

Gesehen und genehmigt.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahn-Kreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Nichtamtlicher Teil

Die deutschen Kolonien.

WTT. Berlin, 2. Febr. Staatssekretär Erzberger hielt in einer Versammlung der Kolonialgesellschaft eine Rede, in der er u. a. sagte: Nach allem, was wir bis jetzt über die Stellungnahme der Alliierten zur Kolonialfrage gehört haben, liegt derzeit die Absicht vor, Deutschland von jedem Kolonialbesitz auszuschließen. Man spricht Deutschland eine koloniale Befähigung überhaupt ab. Dabei hat Deutschland das meiste für den Aufschluß der un-

erforschten Erdteile durch Entdeckungsfahrten getan. Aber ein Deutschland, aller Kolonien beraubt, bringt den Reim des Todes in den Völkerbund, bevor er geboren ist. Darum muß das deutsche Volk in diesen Tagen seine Stimme erheben: wenn es bei den entscheidenden Vorverhandlungen nicht vertreten ist, so müssen wir hier zuhause um so kräftiger und entschiedener für diese eintreten! Daß man den Vorschlag gemacht hat, man möge den deutschen Kolonialbesitz internationalisieren und dem Völkerbund zur Verwaltung unterstellen. Diese Lösung der Kolonialfrage müssen wir rundweg ablehnen. Wenn die deutschen Kolonien internationalisiert werden sollen, so können wir uns nur unter der Voraussetzung damit abfinden, daß der gesamte Kolonialbesitz aller Mächte internationalisiert wird. Deutschland hat aber nach dem Wilsonschen Programm ein unveräußerliches Recht auf ein eigenes, selbständiges Kolonialgebiet."

Die nord Schleswigsche Frage.

KB. Kopenhagen, 5. Febr. 1919. In der Ratskammer wurde gestern Abend eine Versammlung abgehalten, um zur Lösung der Schleswigschen Frage Stellung zu nehmen. Es fanden sich Vertreter aller Kreise und Parteien ein. Alle Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß im Gegensatz zur Forderung gewisser dänischer Kreise auf eine Angliederung Flensburgs und anderer Mittel Schleswigscher Gebiete ohne eine vorherige Abstimmung die Schleswigsche Grenzfrage allein auf der Grundlage des freien Selbstbestimmungsrechtes gelöst werden müsse.

Der Hauptredner war der frühere deutsche Abgeordnete Rißén, der Dänemark davor warnte, Schleswigsche Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung zu übernehmen, da hierdurch in der Grenzfrage keine endgültige Ruhe geschaffen werden könne. Rißén fasste die Forderung der dänischen Nord Schleswiger in den Satz zusammen: Selbstbestimmungsrecht bis zur äußersten Konsequenz aber nicht darüber hinaus.

Die Versammlung nahm schließlich fast einstimmig eine Resolution an, in der erklärt wird, daß die Entscheidung in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Reichstages und des nord Schleswigschen Wählervereins allein auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker getroffen werden müsse, und daß keine Zwangsgrenze durchgeführt werde, sondern Flensburg und die übrigen Mittelschleswigschen Gebiete, wo solche Wünsche ausgesprochen würden, das Recht erhielten, selbst ihr Schicksal durch eine freie Abstimmung unter gesicherten Verhältnissen zu bestimmen.

Deutsches Reich.

Arbeitsunlust im Aachener Industriebezirk. Wie dem Verl. Lokal-Anzeiger gemeldet wird, sind in Aachen 4000 Stellen in den Bergwerksbetrieben zu besetzen. Die Arbeiter lehnen es aber ab, dort zu arbeiten, weil sie keine Neigung dazu haben. Es ist bekannt gemacht worden, daß jeder Arbeitslose eine ihm angebotene Stelle annehmen muß.

Vermischte Nachrichten.

* Der Sonderzug der Exzellenz. Ein Postbesitzer in Marburg sendet seinem Blatt den folgenden Artikel, der in einer dortigen Zeitung erschienen ist: „Mit einigem Erstaunen wird der normale Zeitungsleser vernommen haben, daß Spartakisten auf den „Sonderzug“ des Herrn Scheidemann, der zu einer parteipolitischen Agitationsrede nach Cassel fuhr, einen Anschlag geplant haben. Neben der Entrüstung über die gewalttätigen Absichten der Spartakisten werden sich viele aber nicht gefragt haben, wie denn Herr Scheidemann als Parteitagitator zu einem Sonderzug kommt. Schreiber dieser Zeilen fuhr am Mittag nach der Casseler Rede Scheidemanns von Cassel nach Marburg. Auf dem einen Gleis steht ein kleiner Sonderzug. Tadellose Maschinen, drei pikfeine D-Wagen, Speisewagen — wie

man sehen kann, alles wohl geheizt. Auf der anderen Seite eine Unmenge Menschen, die den Zug nach Marburg erwarten und, sobald er einläuft, stürmen, um für ihre 2. und 3.-Klasse-Fahrkarte einen Platz in einem Abteil zu erwischen, das eisig kalt, ramponiert und schmutzig ist. Und selbst das gelingt nicht allen, die Gänge stehen voll. Was einer für die Fahrt bezahlt, ist gleichgültig. Man muß eben alles bei der Verkehrsnot hinnehmen, und das geduldige Volk nimmt sogar hin, daß Herr Scheidemann trotz der ungeheuren Verkehrsnot für parteipolitische Agitationsreden einen wohlgeheizten und gereinigten Sonderzug gestellt bekommt, während für den Lokalverkehr keine Kohlen mehr da sind und in den sonstigen Zügen das Publikum friert. Das Reisepublikum des Marburger Zuges nahm an, daß es sich um einen Sonderzug der Waffenstillstandskommission handelte, was ja möglich war. Auch die Auffassung, daß es sich um Scheidemann handelte, tauchte auf, wurde aber als eine zu große Herausforderung des Publikums verworfen. Recht erfährt man, daß es sich doch um Scheidemann handelte. Man stelle sich vor, daß etwa gewöhnliche Sterbliche in der jetzigen Verkehrsnot Sonderzüge verlangten, um irgendwo Wahlen zu halten. Es geht halt nichts über die Gleichzeitigkeit. — Es ist noch gar nicht so lange her, — die Kohlen- und Verkehrsnot war damals nur noch nicht dermaßen akut, da die Revolution noch nicht die Entmannung Deutschlands und die Auslieferung unserer Transportmittel erreicht hatte, daß ein bestimmtes Blatt darüber zeterie, daß dem Großadmiral Tirpitz ein Abteil zur Verfügung gestellt worden sei. Das Blatt war der Vorwärts, das Organ des Volksbeauftragten Scheidemann, der jetzt einen ganzen Sonderzug für sich beansprucht.

Holzversteigerung.

Am Dienstag, den 11. Februar 1919,
vormittags 10 Uhr (neue Zeit).

Kommt in dem Hirschberger Gemeindewald nachstehendes Holz:

125 Rm. Eichen-Scheit,
18 Rm. Eichen-Knüttel,
500 Rm. Buchen-Scheit,
120 Rm. Buchen-Knüttel,
2500 St. Buchenwellen

zur Versteigerung.

Zusammenkunft in Stedderbad, Distr. Nr. 2. Der Distrikt liegt im besetzten Gebiete.

Hirschberg, den 5. Februar 1919.

781

Achenbach, Bürgermeister.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Gaignic, Rittmeister.

Holzversteigerung.

Freitag, den 14. Februar d. J.,

kommt im Gemeindewald Schweighausen in dem Distrikt Rehbach folgendes Holz zur Versteigerung:

495 Rm. Buchen-Scheit- und Knüttelholz und
4050 Wellen.

Der Anfang wird um 11 Uhr vormittags gemacht.

S Schweighausen, den 2. Februar 1919.

Der Bürgermeister.
Hinterwälder.

Gesehen und genehmigt:

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Gaignic, Rittmeister.